



Gemeinsame Pressemitteilung 7. April 2016

Mehr Stadt in der Stadt – Wandsbeker Wohnungsbauprogramm durch Aufstockungs- und Nachverdichtungspotentiale ergänzen

Die Wandsbeker rot-grüne Koalition hat für die morgige Bezirksversammlung einen Antrag eingebracht, dass zur Schonung von Landschaftsräumen intensiver nach Möglichkeiten für den Wohnungsbau durch Aufstockungen vorhandener Gebäude und Nachverdichtung gesucht werden soll.

Oliver Schweim, Fachsprecher für Stadtplanung der GRÜNEN Bezirksfraktion:
"Gerade in der aktuellen Situation muss ergänzend zur Suche nach geeigneten Freiflächen auf Nachverdichtung in vorhandenen Wohnquartieren gesetzt werden. Um Flächenversiegelung entgegenzuwirken, ist insbesondere die Aufstockung vorhandener Gebäude ein wichtiger Weg."

Rainer Schünemann, SPD-Fachsprecher für Stadtplanung: *„Vor allem in Wohnquartieren mit Geschosswohnungsbau im Eigentum von großen Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und SAGA GWG sollen Nachverdichtungsmöglichkeiten überprüft werden – gezielt, innovativ und kreativ.“ Weiterhin soll geklärt werden, ob die Grundeigentümer bereit sind, mitzuwirken.*

Schon vor dem rapiden Anstieg der Flüchtlingszahlen war der Wohnungsmarkt in Hamburg sehr angespannt. Die Zahlen des Statistikamtes Nord zeigen einen bisher ungebrochenen Trend: In den Jahren 2013 bis 2015 ist die Bevölkerung in Hamburg insbesondere durch Wanderungsbewegungen aus anderen Bundesländern um ca. 43.500 Personen gewachsen. Hinzu kommt der Wohnraumbedarf für die geflüchteten Menschen, die über längere Zeit oder dauerhaft bei uns bleiben. Aufgrund der zu erwartenden anhaltenden hohen Zahl dieser Menschen geht die Behörde für Arbeit, Soziales und Integration für das Jahr 2016 von einem zusätzlichen Bedarf von etwa 40.000 Unterbringungsplätzen aus. Ende 2015 standen für Flüchtlinge und Wohnungslose rd. 39.000 Plätze in Hamburg zur Verfügung, ca. 21.000 Plätze in der Erstaufnahme und ca. 18.000 Plätze in der Folgeunterbringung.

„Angesichts der akuten Wohnungsnot ist die Ausweisung von neuen Wohngebieten wie in Hummelsbüttel nur ein Schritt für eine schnelle Milderung der Situation. Mittel- und langfristig muss nach ergänzenden, innovativen Wegen gesucht werden, um die Wohnungslage in Hamburg sozial, städtebaulich, nachhaltig und ökologisch sinnvoll zu verbessern“, sind sich SPD und GRÜNE einig.